

Bezugspreis:
Bestellpreis 12.50 M., monatl. 4.50 M.
...
Telegraphen-Abreise
Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Verantwortl. Amt Norddeutsche, Nr. 15190-15197

Freitag, den 16. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Verantwortl. Amt Norddeutsche, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Standardzeile
...
Anzeigen für die nächste Nummer
...
Anzeigen für die nächste Nummer

Die Auslieferung Wilhelms verlangt.

Das Betriebsrätegesetz und die Beamten.

In Laufe der Donnerstagsberatung der Nationalversammlung über die §§ 10 und 13 des Betriebsrätegesetzes war es ergötzlich anzuhören, mit welcher Liebe sich die Unabhängigen und die Volksparteier der Beamten annahmen. Sowohl die Redner der Linken als auch der Rechten meinten, die Beamten seien durch die vorgeschlagenen Bestimmungen völlig entrechtet. Nach Ansicht der Linken dadurch, daß man die Beamten nicht samt und sonders in das Gesetz einbeziehe, nach Ansicht der Rechten dadurch, daß man gewisse Gruppen von Beamten als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes betrachten kann. Auch wandte sich der Volksparteier scharf dagegen, daß man Angestellten und Arbeitern, die Beamtendienste machen und jetzt schon ihre Vertretung in den Beamtenausschüssen haben, nicht durch eine Bestimmung des Gesetzes das Recht zu sprechen, auch weiterhin in diesem Sinne als Beamte behandelt zu werden.

Selbstverständlich entfalten diese Reden jeder sachlichen Berechtigung; sie haben nur agitatorischen Wert. Zu einer Beurlaubung liegt absolut kein Grund vor. Alle vorgeschlagenen Gesetzesbestimmungen sind wohl überlegt und führen weder zur Entrechtung der einen noch der anderen Gruppe.

Sicher wäre es etwas Ideales, und wir Sozialdemokraten würden dem herzlich gerne zustimmen, wenn wir die Beamtenräte auch durch das Betriebsrätegesetz schaffen und so die gesetzlichen Vertretungen der Hand- und Kopfarbeiter ausnahmslos unter eine Dede bringen könnten. Leider ist dies aus mancherlei Gründen unmöglich.

Die bürgerlichen Parteien, mit denen eine Koalition zu bilden wir nun einmal gezwungen sind, würden einem solchen Antrag niemals zustimmen. Es läßt sich auch nicht verkennen, daß die Stellung des Beamten, vom Gesichtswinkel des Betriebsrätegesetzes aus betrachtet, eine andere ist, als die eines Arbeiters oder Angestellten. Verschiedene Befugnisse und Rechte, die man diesen in den Betrieben einräumt und die sie mit zu Trägern der Produktion machen, wird man schließlich dem Beamten nicht übertragen können. Aus dem einfachen Grunde nicht, weil es sich bei vielen Beamten gar nicht um eine eigentliche Produktion handelt.

Hinzu kommt noch, daß der Arbeitgeber des Beamten, das Reich, das Land, die Gemeinde, über ihn gewisse Disziplinarrechte haben, ohne die sich ein geordneter Behördenbetrieb gar nicht denken läßt. Und schließlich ist auch die unfürdable Anstellung des Beamten zu berücksichtigen.

Dies alles muß bei Schaffung der Beamtenräte natürlich mit in Betracht gezogen werden, und deshalb können die Beamten nicht von heute auf morgen und ohne weiteres unter das Betriebsrätegesetz gestellt werden. Sie erhalten, wie es die Reichsverfassung vorschreibt, ein Beamtenrätegesetz, dessen Entwurf schon fertiggestellt ist. Er wird der Nationalversammlung hoffentlich recht bald zugehen.

Die Bestimmung des Kommissionsentwurfes des Betriebsrätegesetzes, nach der gewisse Gruppen von Beamten und Beamtenanwärter als Arbeiter oder Angestellte im Sinne des Gesetzes angesehen werden können, muß man als berechtigt anerkennen. Es gibt eine Anzahl von Betrieben des Reiches usw., in denen neben sehr wenigen Beamten eine große Masse Angestellter und Arbeiter beschäftigt werden. Man denke doch nur beispielsweise an die Betriebe der staatlichen Theater, die abgeschlossen für sich und ohne jeden Behördenaufbau als selbständige Einrichtungen dastehen. Die Zahl der bei ihnen beschäftigten Beamten ist minimal. Es wäre widersinnig, diesen Beamten, deren ganzes Arbeiten sich in innigster Gemeinschaft mit den beim Theater Angestellten und dort beschäftigten Arbeitern abspielt, das Recht zu verweigern, in dem Betriebsrat auch ihre Vertretung zu suchen und zu finden.

Andererseits denkt kein Abgeordneter der Mehrheitspartei daran, jenen Arbeitern und Angestellten, die Beamtendienste verrichten und jetzt schon ihre Vertretung im Beamtenausschuß haben, diese zu nehmen. Wenn eine diesbezügliche Bestimmung im Kommissionsentwurf fehlt, so hat das seinen Grund.

Grundsätzlich sollen alle Arbeiter und Angestellten unter das Betriebsrätegesetz fallen. Werden die im Beamtendienst stehenden Arbeiter und Angestellten hiervon ausgenommen, ohne daß ihnen gleichzeitig eine andere gesetzliche Vertretung gegeben wird, so stehen sie nach Verabschiedung des Gesetzes im Gegensatz zu allen ihren Berufsgenossen ohne jede Vertretung da. Dies soll vermieden werden. Die Bestimmung, daß diese Angestellten und Arbeiter im Sinne des Beamtenrätegesetzes als Beamte zu gelten haben und in ihren Ver-

Ententenote an Holland.

Nachdem der Frieden geschlossen ist, wird das Rad der Gerechtigkeit, wie man sie im Lager der Alliierten aussieht, weiter rollen. Die Entente verlangt nunmehr formell die Auslieferung des Kaisers durch Holland.

Die ententistischen Regierungschefs genehmigten am Donnerstag in Paris den Vorlauf der Note, die im Namen des Obersten Rates an die holländische Regierung gerichtet wird und die das Begehren auf Auslieferung des Kaisers Wilhelm II. enthält. Die Note, die wahrscheinlich am Sonntag vermittelt wird, bezieht sich auf Artikel 227 des Versailleser Vertrages, der die Verlegung des früheren Kaisers von Deutschland in Haftgefangenschaft vorsieht. Die Alliierten laden Holland ein, sich an der Erfüllung dieses Wertes der Gerechtigkeit zu beteiligen. Die Note ist in freundschaftlichem Tone gehalten.

Demzufolge hat die holländische Mitteilung in Paris, daß der holländischen Regierung das Auslieferungsbegehren sehr unangenehm sein würde, weil Holland das Asylrecht für politische Flüchtlinge nicht verletzen möchte, nicht die gewünschte Wirkung gehabt. Ob die Auslieferung des Kaisers tatsächlich stattfindet, ist natürlich keineswegs sicher. Es wäre denkbar, daß Holland im freundschaftlichen Tone die Auslieferung ablehnt und daß sich die Entente nach mehrmaligem Briefwechsel damit begnügt, den Kaiserprozeß ohne den Kaiser durchzuführen und ihn in contumaciam zu verurteilen.

Entscheidung in der Auslieferungsfrage.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ berichtet, daß die Frage der Auslieferung der deutschen Kriegsschuldigen jetzt endgültig entschieden sei. Die Alliierten hätten sich große Mühe gegeben, um bei der Entscheidung zu zeigen, daß es durchaus nicht in ihrer Absicht liege, an dem Feind Rache zu üben, sondern daß sie eine gerechte Bestrafung der Missetäter wünschten. Deshalb hätten sie auch gar nicht die Absicht, die Auslieferung von Männern wie Ludendorff und Hindenburg oder anderen Generälen zu verlangen, die den Krieg rücksichtslos durchführten, ohne dabei die Grenzen des Erlaubten zu überschreiten.

Die englische Liste enthält die Namen mehrerer Personen, die im Zusammenhang mit dem U-Boot-Krieg hervorgetreten sind. Es wird auch die Auslieferung von Offizieren verlangt, die den Befehl gegeben haben sollen, auf englische Seerente zu feuern, deren Schiffe torpediert waren und die sich aus dem Wasser zu retten versuchten. Ferner sollen die am Prozeß Fryatt Beteiligten ausgeliefert werden und wahrscheinlich wird auch die Auslieferung von Admiral Tirpitz verlangt werden.

tretzungen sich und Stimme erhalten, gehört nicht in das Betriebsrätegesetz, sondern in das Beamtenrätegesetz und wird auch in diesem erscheinen. Namens der Mehrheitspartei hat der Abgeordnete Luppe auf die demagogischen Reden von rechts und links auch eine entsprechende Erklärung abgegeben und überdies die Regierung aufgefordert, zur vollen Beurlaubung der Gemüter noch einmal zu der Frage Stellung zu nehmen.

Das „revolutionäre Räteystem“ der Eisenbahner wird natürlich trotz der beweglichen Klagen der Unabhängigen den gesetzlichen Betriebs- oder Beamtenräten weichen müssen.

Vielfach mißverstanden wird auch die Bestimmung des Gesetzes, welche die Bildung von Einzel- und Gesamtbetriebsräten sowie ihre Abgrenzung und ihre Befugnisse gegeneinander für die Unternehmungen und Verwaltungen des Reiches usw. im Verordnungswege vorsieht. Es kann auf den ersten Blick scheinen, als ob mit dieser Bestimmung die Schaffung von Beamtenräten im Verordnungswege beabsichtigt sei. Dies trifft natürlich nicht zu. Die zu erlassende Verordnung hat lediglich den Zweck, die Unternehmungen des Reiches ihrer Ausdehnung nach abzugrenzen und den einzelnen Betriebsräten zuzuweisen. Ferner wird sie festlegen, welche Befugnisse dem einen Rat gegenüber dem anderen zustehen.

Es ist also — wie gesagt — weder für die Beamten noch für die Arbeiter oder Angestellten im Beamtendienst irgend eine Ursache zur Beurlaubung vorhanden. Ihre Interessen sind bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes, ebensowenig wie das irgend einer anderen Gruppe von Arbeitern oder Anrestellten übersehen worden. Das Beamtenrätegesetz, das selbstverständlich erst nach der Erledigung des Betriebsrätegesetzes in Angriff genommen werden kann, wird den Beweis erbringen, daß nichts veräußert worden ist.

Die Grundreden von rechts und links waren also mehr als überflüssig, doch wir stehen vor den Wahlen, da muß agitiert werden. Willy Steinfopf.

Versammlungsverbot.

Reichswehramtler Koole hat folgende Verordnung erlassen:
Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. Januar 1920 verbiete ich bis auf weiteres alle von den kommunistischen und unabhängigen Sozialdemokratischen Partei veranstalteten sogenannten Gedächtnisfeiern. Ferner verbiete ich die vom Arbeiterrat der Arbeitslosen Groß-Berlins, der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands und der unabhängigen Partei Deutschlands, Bezirk Berlin, einberufenen Arbeitslosenversammlungen am Freitag, den 16. Januar, und die für Freitag, den 16. Januar, 7 Uhr abends, in den Germania-Hallen, Chausseestraße 110, von der Freien Vereinigung der Verkehrsarbeiter Groß-Berlins einberufene Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Kollage der Verkehrsarbeiter“.

Zur Lohnbewegung der Telegraphenarbeiter

Der „Zentralverband Deutscher Post- und Telegraphenbediensteten“ sendet uns zu dieser Frage einen umfangreichen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Seit einiger Zeit werden von unberufener Seite dauernd Notizen in die Berliner Tageszeitungen, wie auch in die Provinzpresse lanciert, in denen mitgeteilt wird, daß die Telegraphenarbeiter in Braunschweig, Cassel usw. in den Streik getreten sein sollen. Diese Nachrichten sind un wahr.

Infolge der langwierigen Verhandlung, die über die Lohnforderung der Telegraphenarbeiter gepflogen wurde, kam es zu Teilschritten im Eich Bochum, ob mit Zustimmung der Verbandsleitung. Können wir leider nicht sagen. Auch Sabotage ist getrieben worden, die wir aufrichtig im Ansehen der Telegraphenarbeiterschaft bedauern. Wir glauben nicht, daß unsere Kollegen im Rheinland zu dieser Handlung die Hand geboten haben, wir glauben vielmehr, daß die Sabotage getrieben worden ist von Elementen, die am allerwenigsten dazu berufen sind. Fernsprecheinrichtungen, die dem Interesse der Allgemeinheit dienen, in dessen Diensten sie stehen, lahmzulegen.

Im Januar dieses Jahres kam ein Erlaß des Reichspostministers Sieberts heraus, in dem dieser sich bereit erklärte, sich dafür einzusetzen, daß dem mit den Telegraphenarbeitern abzuschließenden Tarifvertrag rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1920 ab beigelegt werde, und daß die Löhne und Teuerungszulagen der Telegraphenarbeiter vom 1. Januar 1920 vorwärts auf die gleiche Weise nochmals um denselben Betrag erhöht werden, um den sie gemäß der Verfügung vom 20. Dezember 1919 erhöht worden seien.

Ein weiterer Schriftwechsel mit dem Reichspostminister ergab weitere Zugeständnisse an die Telegraphenarbeiter, und es ist zu hoffen, daß die kommenden Tarifverhandlungen endlich den Arbeitern das Existenzminimum verschaffen werden.

Der Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Sitz Berlin, hat zum 1. Februar 1920 einen außerordentlichen Verbandstag nach Berlin einberufen. Auf diesem wird der Tarifvertrag nebst den weiteren Lohnforderungen und sonstigen Forderungen durchberaten und darüber Beschluß gefaßt werden.

Streikabstimmung in Breslau.

Wie die „Breslauer Zeitung“ meldet, hatte die in den einzelnen Eisenbahnwerkstätten Breslaus Freitag vorgenommenen Abstimmung folgendes Ergebnis: 4800 für die Aufnahme der Arbeit, 3657 für den Streik, 271 gesplittet. Die Arbeit sei also unter den Donnerstag gegebenen Bedingungen aufgenommen.

Aus der Werkstatt der Enthüller.

Dem Untersuchungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei zur Aufklärung des „Falles Ellora“ ist ein neues umfangreiches Material zugegangen, über dessen Beschaffung der Verleger Baumeister, der es überreicht hat, folgende Angaben macht:

Eines Tages sei bei ihm ein unbekannter Jurist gekommen und habe ihm ein Koffer gebracht, der ihm wichtiges Material zur Aufklärung der Treiberen von Ellora, Scheidemann und anderen deutschen Politikern zum Kauf angeboten hätte. Er habe ihm ganz offen gesagt, daß er dieses Material bei dem deutschen Legationsattaché Prinz Wittgenstein in Kopenhagen geschlohen hätte und es jetzt möglichst vorteilhaft veräußern wolle. Baumeister habe ihm dann 150 Mark gegeben, damit er das angeblich in Dänemark deponierte Material nach Berlin schaffen könne. Nach einiger Zeit ist der Mann wieder bei ihm erschienen und hat ihm erklärt, daß die Originaldokumente ihm leider bei Gelegenheit eines Kaufhandels vernichtet worden seien, aber er hat die Briefe und Telegramme so genau im Kopfe, daß er sie zu jeder Zeit aus dem Gedächtnis wieder herstellen könne. Auf Aufforderung Baumeisters habe er sich dann hingelegt und insgesamt

15 Depeschen und Briefe diktiert, die angeblich wörtlich mit den verstorbenen Originalen übereinstimmen.  
Der Inhalt dieser Telegramme ist zusammengefasst der, daß Georg Silara, Scheidemann, Graf Brodorski-Mantau und Staatskommissar Dr. Küster in Verbindung mit dem französischen Gesandten in Kopenhagen Berrier dem Vorsitzenden der Internationalen Kampagne für die Abtretung Charles Norling und nationalistischen dänischen Politikern für sich nahe Terrain in Nordschleswig erworben und zwecks besser Bekämpfung darauf hingearbeitet hätten, daß dieses Gebiet an Danemark falle. Zugleich ist in den Depeschen von Salvarian-Schmügel, Gewehr-Verkäufen und ähnlichen Schiebungem die Rede. Der Vertreter des deutschen Gesandten in Kopenhagen, Prinz Wittgenstein, soll als Vermittler bei diesen Schiebungem gewirkt und besonders den Verkehr mit Nachbarn und Schwedens durch seine Kuriers vermittelt haben.  
Wenn das nicht verrückt ist — was soll dann verrückt sein?

### Der Zeitungserfolg der Unabhängigen.

An Stelle der verbotenen „Freiheit“ arbeiten die Unabhängigen mit Flugschriften und Flugblätter, deren letztere unterirdisch gedruckt werden. Als erste Publikation ist bei der Verlagsgesellschaft der „Freiheit“ eine verlogene Broschüre über die Vorgänge am Reichstag herausgekommen. Wir hatten in unserem heutigen Morgenblatt bereits eine kurze Skizze gegeben. Hören wir, was der unabhängige Abgeordnete Braß in seinem Artikel in dieser Broschüre sagt:

„Ohne ein Wort der Warnung, ohne auch nur zum Anden-dergehen aufzufordern, ohne einen Schreckschuß, wurden die Arbeiter niedergeknallt.“

In diesem Tone geht es durch den ganzen Artikel fort. Daß diese Darstellung verlogen und bewußt erschwindelt ist, wird nach den einwandfreien Beobachtungen und Mitteilungen aller nichtunabhängigen Beobachter jedermann erkennen. Denn es steht fest, daß am Reichstag die Sicherheitsorgane selbst nach unabhängigem Eingeständnis fortgesetzt zurückgedrängt, bedroht, beschimpft, mißhandelt und zum Teil entworfen wurden, und daß dann zuerst Schreckschüsse abgegeben worden sind.

Uns geht eine Darstellung des „Zentralkomitees der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei“ zu, in der unter anderem gesagt wird, daß Spindel und Provokateure bei diesem Unglück die Hände im Spiel gehabt hätten. Die Darstellung der Vorgänge ist dermaßen wahrheitswidrig, daß selbst die mit der „Freiheit“ durch die und dünn gehende „Berliner Volkszeitung“ sie als „nicht richtig“ bezeichnet.

### Die Rechtsbolschewisten.

Die deutschnationalen Terroristen scheinen in Sorge zu sein, daß sie über den Vorfällen vor dem Reichstag in Vergessenheit geraten könnten, deshalb machen sie mit Gewalt von sich reden. Ihre Avantgarde sind wie gewöhnlich dabei die buntbemalten Lausbuben. Zum zweitenmal haben sogenannte Studenten — Studierende kann man sie ja nicht nennen — durch Terror eine Vorlesung des Professors Nikolai unmöglich gemacht. Diesmal wandten sie einen besonders feinen Trick an. Professor Nikolai wollte in der Klinik des Geh. Medizinrats Professor Dr. Kraus eine Vorlesung über klinische Propädeutik halten. Vor Beginn der Vorlesung hatte sich eine große Anzahl von Klinikern im Hörsaal versammelt, von denen einer in kurzer Ansprache erklärte, daß die Abhaltung der Vorlesung nicht dulden würden. Ein Appell des Assistenzarztes des Professors Kraus, auf die in der Klinik liegenden Kranken Rücksicht zu nehmen, deren Befinden durch die geplante Kundgebung beeinträchtigt werden könnte, fand keinen Widerhall, die Versammlung erwiderte, daß die Kundgebung stattfinden werde und müsse. So handeln angehende Mediziner! — Mit Rücksicht auf die Kranken mußte dann von der Vorlesung Abstand genommen werden.

### Ein verfilmtes Buch!

Es war ein stilles Buch tiefer Menschlichkeit, kein Kämpferleben. Ein Sucher innerer Ruhe, froher Harmonie, nach Schönheit und Ungebundenheit von allen lästigen Formen und beengenden Fesseln strebend; eines Künstlers Leben, den dieses Suchen in hundertfältige Konflikte getrieben, die er, der Einzelne, zu schwach, nicht lösen konnte. Ein Prediger reinster, uneigennützigster, tiefster Menschenliebe gab er in all der Seelentiefe nach Mut und Licht und Kraft hehren Idealen hoher Menschlichkeit. Und in Stunden der Ermüdung sprach er Trost und redete von Nicht-verzweifeln-sollen, weil die vielen Menschen noch schlecht, eigennützig, egoistisch und häßlich, verbittert. Und er, der so hundertfältig enttäuscht worden, der Sucher nach Idealen im Menschenleben, der immer wieder zurückkehrte zu den Tiefen der eigenen Seele, der verärgert, verhöhnt und verschrien, nicht sah noch Weltfremdheit oder Lebenshölle an, nur Eigenleben, Vollmenschenum, abgewandt aller Heuchelei und Lüge, wollte, ward Höhenweiser, Zielverklärter aller Kämpfer, Streiter; Ermühter ihnen, wenn sie verbittert, verwundet aus Höherfülltem Hader zu sich selbst kamen. Demen ward er Prediger höchster Bedeutung.

Vor Jahren gab mir ein Freund dieses Buch zum Geschenk. Drei, viermal schon hab ich's gelesen und blättere dann und wann noch darin in stillen Stunden.

Den Freund nahm mir der Krieg. Aber seine Briefblätter liegen wohlverwahrt bei mir. Und auch sie atmen inmitten des furchtbaren Lebens, in denen sie niedergeschrieben, den tiefen Geist dieser hohen Menschlichkeit, den festesten Glauben an die Kraft des Edelmenschen — auch noch, da er schwerverwundet in unsagbaren Schmerzen den Tod sich sehnte.

In all das mußte ich denken in diesen Tagen, als ich an den Säulen und in Zeitungen las, daß dieses Dichtwerk ein Opfer des Kinos geworden. Und ich nahm noch einmal das Buch zur Hand und las von Anfang bis Ende. Dann ging ich ins Kino und besah mir die Bilder. Ich wünscht', ich hätte es immer gesehen. Aus den Seelenkonflikten waren Serien von Grimassen gezogen, das Sterben nach Schönheit und Ungebundenheit von lästigen Formen und beengenden Fesseln war zu Egenen widerlichster Sinnenlust von brutaler Stärke verunstaltet. Ein „Sittenfilm“ nur für Erwachene war dieses Buch geworden. Nein — nicht dieses Buch — nur der Name des Films noch war der gleiche. Nichts von Seelentiefe, nichts von Höhenzügen, nichts von Zukunftsgeist — nur Grimassen und brutale Handlungen im Wilde, nur Sittenfilm!

Und nach Wochen erlas ich aus der Zeitung, der Dichter des Buches habe einige Hunderttausend für die Verfilmung erhalten; er lebte zur Zeit in billiger Wehrang-

Wir fragen den Kulturminister, Genossen Saarnisch, wie lange er einen derartigen Skandal dulden will? Dank der akademischen Bernsteinität ist kein Student verpflichtet oder genötigt, die Vorlesung eines bestimmten Professors zu hören, der ihm nicht befragt. Jeder Student kann sich seinen Lehrer aussuchen. Es braucht also niemand in eine Vorlesung des Professors Nikolai zu gehen, der an dessen Person Anstoß nimmt. Umgekehrt haben die Studenten aber auch die Lehrfreiheit zu achten. Kein Student hat das Recht, durch Nadeln und Terror die Vorlesung eines ihm unangenehmen Professors zu verhindern. Der Kultusminister ist unbedingt verpflichtet dafür zu sorgen, daß dieser Terror abgestellt wird, wenn es nicht anders geht, dadurch, daß die Terroristen zum Tempel hinausfliegen. Die Namen ihrer Wortführer werden von der „Deutschen Zeitung“ veröffentlicht. Der Minister mache einen Anfang.

### Eisners Mörder vor Gericht.

In München begann am Freitag, wie gemeldet, vor dem Volksgericht der Prozeß gegen den Mörder Eisners, den Grafen Arco-Valles. In einem längeren zusammenfassenden Bericht erzählt er seine Kriegserlebnisse und teilt mit, wie er den Plan sah, Eisner zu töten. In der Zeit, in der hier die Bürgerwehr gründete, gegen die sich Eisner belämmlich wehrte, beabsichtigte der Angeklagte einen Aufbruch anzuschlagen, um das Volk vor unüberlegten Schritten zu warnen.

Gegen die Volkwehr, der Arco angehörte, bestimmte Eisner einen Demonstrationzug, der sich aus gegen den Landtag richtete. Seine Erregung steigerte sich, als ein Soldat seiner Geknechten wegen von Demonstranten mißhandelt wurde. Es packte ihn eine wahnsinnige Wut gegen Eisner, den er als Führer des Bolschewismus ansah und von dem er annahm, daß er den Freistaat Bayern an Spartakus verkaufen wolle.

### Für die Gefangenen Sibiriens!

Kunnebr, da durch Heimendung unserer Gefangenen aus Frankreich von hunderttausenden Familien schwere Sorge genommen wird, gilt es, sich mit aller Kraft für diejenigen Gefangenen einzusetzen, für die bisher nichts geschehen konnte. Hierbei muß in erster Linie an die Gefangenen, die seit Jahr und Tag in Sibirien schmachten, gedacht werden. Die Briefe, die bei uns fast täglich eingehen und mitunter ein halbes Jahr und mehr unterwegs gewesen sind, geben ein erschütterndes Bild von der trostlosen Wipertischen und spießigen Verfassung der in Sibirien Gefangenen. Eine besondere Schwierigkeit, sich des Schicksals dieser Gefangenen anzunehmen, besteht darin, daß Sowjetrußland bisher keine Gefangenen durch sein Gebiet hindurchgelassen hat. Es wird Aufgabe der Regierung sein, durch Erhebung eindringlichster Vorstellungen bei der russischen Regierung die Rückgängigmachung dieser unmenslichen Maßnahme zu veranlassen.

### Der Friedensvertrag für Ungarn.

Am Donnerstag ist in Paris nach einer kurzen förmlichen Mitteilung Clemenceaus dem Chef der ungarischen Friedensdelegation, Graf Apponyi, der Friedensvertrag für Ungarn überreicht worden. An der Konferenz nahmen für England Lloyd George und für Italien Nitti teil. Amerika und Japan gaben ihr abgeklärtes Interesse durch die Entsendung ihrer Vertreter Posthaster kund.

Apponyi hatte den Wunsch ausgesprochen, der Konferenz die Lage der ungarischen Regierung unter den gegenwärtigen Umständen darzulegen. Es war ihm das aber nur unter der Bedingung zugestanden worden, daß sich daran keine Diskussion schließe. Apponyi hat daraufhin ebenfalls erklärt, daß er sich begnüge, Kenntnis von dem Friedensvertrag zu nehmen.

Der Friedensvertrag, der der ungarischen Friedensdelegation überreicht wurde, lautete in gleicher Weise auf wie der Vertrag für Oesterreich. Die Abschnitte, die sich auf den Balfourbund,

die ungarischen Interessen außerhalb Europas, die Angelegenheiten, die Wiedergutmachungen, die Luftfahrerei, die Föhen, die Wasserstraßen, die Eisenbahnen und auf verschiedene Bestimmungen bezogen, lauten in beiden Dokumenten gleich. Ungarn erkennt die volle Unabhängigkeit des serbisch-kroatisch-slavonischen und der tschechoslowakischen Staaten an. Ungarn verzichtet zugunsten Italiens, des serbisch-kroatisch-slavonischen Staates, Rumaniens und der Tschechoslowakei auf alle Rechte und Titel seiner Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, die als Bestandteil dieser Staaten einverleibt werden. Ungarn verzichtet auf alle Rechte an Italien über Triume und die angrenzenden Gebiete, die dem früheren Kaiserreich angehörten. Ungarn verzichtet zugunsten Oesterreichs auf alle Rechte des ungarischen Königreichs, soweit es außerhalb der festgelegten Grenzen liegt.

Die Gesamtstärke der ungarischen Wehrmacht wird auf 35 000 festgesetzt. Es darf kein schweres Geschütz, d. h. kein Geschütz größer als 105 Millimeter betragen. Was die Wiedergutmachung betrifft, so sind die Bestimmungen identisch mit jenen des Vertrags für Oesterreich. Die wirtschaftlichen Bestimmungen sind identisch mit den im österreichischen Vertrag enthaltenen Einzelbestimmungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn.

### Vor der Präsidentenwahl in Frankreich.

Während diese Zeilen gedruckt werden, tritt in Paris die vorbereitende Versammlung zur Wahl des Präsidenten der Republik zusammen.

Diese Wahl zieht darum in besonderem Maße die Aufmerksamkeit der politischen Welt auf sich, weil sie zu einem Ringkampf zwischen Clemenceau und Deschanel wird. Deschanel, der langjährige Kommerzienrat, ist jüngst fast einstimmig von der französischen Deputiertenkammer erneut zum Präsidenten gewählt worden. Während der Debatte, die man ihm daraufhin brachte, erklärten seine Freunde und er auf deren Drängen ebenfalls, daß damit gleichzeitig seine Kandidatur für die Präsidentschaft der französischen Republik ausgeschlossen sei. Damit bekommt Clemenceau einen Rivale, der außerst ernst zu nehmen ist. Hinter Deschanel stehen Briand und Teile der Kammer und Senat, die man für ebenso stark hält, als die, die sich für Clemenceau erklären werden. Clemenceau selbst scheint die Möglichkeit seiner Niederlage nicht zu ignorieren. Er hat deswegen auch schon einen gewissen Rückzug angetreten, indem er Mitgliedern des Parlaments erklärte, er habe sich für die Kandidatur nicht angeboten, sondern sei mit Zustimmung seiner Freunde aufgestellt worden. Eine Niederlage Clemenceaus muß von ihm selbst und von ganz Frankreich als ein Schlag empfunden werden, dem weitere politische Konsequenzen folgen müssen.

### Der deutsche Geschäftsträger für Paris.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ ist zum deutschen Geschäftsträger in Paris der bisherige Reichsdrohminister Mayer ernannt worden. Das Blatt hört das. Warum rückt die Reichsregierung nicht endlich mit der doch wohl fertigen Liste heraus? Die ententischen Geschäftsträger sind alle bekannt.

### Der Stacheldraht gegen Bulgarien.

Nach einer Wiener Meldung hat am Donnerstag in Bukarest ein Ministerrat unter Vorsitz des Königs stattgefunden, der sich mit der revolutionären Lage in Bulgarien befaßte. Es wurde beschlossen, die bulgarische Grenze ganz abzuschließen, falls die Unruhen in Bulgarien fortbauert.

„Das erste Opfer.“ Die rechtsstehenden Blätter berichten über den Selbstmord des U-Boot-Kommandanten Korath und füge, daran weiterhin heldenhafte, daß der Mann den Tod durch eigene Hand der Auslieferung an die Entente und dem Durchleben der schändlichen Vorkriegsbedingungen hätte. Da haben sie das seltsame Objekt erwähnt. Der tote Korath ist gar nicht der U-Boot-Kommandant und außerdem hat er sich wegen Familienangelegenheiten begüßelt.

Arthur Schnitzers Komödie „Pflzer und Spieler“ kam in den Hamburger Kammertheatern unter der Spielleitung Erich Fiegel als Uraufführung. Arthur Schnitzers ist der Dichter irrender und verzerrter Liebe. Ludwig Kottenhan liebt aus Angst vor dem künftigen Leben, und Karola Herrmann und Elfriede Reinhold sind lästig aus Angst vor der Liebe. Kottenhan und Karola suchen sich — Pflzer und gehen aneinander vorbei — Spieler. Das Verliert Liebe spielt durch die Dichtung, Komödie, Tragödie? Es ist eine tragische Komödie in Dialogform oder umgekehrt. Am Anfang ist genau soviel Handlung als am Ende oder besser genau so wenig. Die Dichtung ist Vorad im expressionistischen Rahmen. Erich Fiegel als Kottenhan verstand es, die innere Einheit zu wahren und die großen Einzelheiten des Dialogs zu gestalten. Sein Zusammenspiel mit Mirjam Dorwisch als Karola und Anni Kemes als Elfriede war eine heroische Leistung. Der Beifall überdauerte bei weitem vereinzelte Fälscherfunde. Der Dichter mußte sich wiederholt den Zuschauern zeigen. Walter Reich.

Für das Staatliche Bauhaus in Weimar erlassen der Berliner Arbeitsrat für Kunst und andere Kunstgruppen eine Sympathieerklärung, worin es heißt:

Gegen das Staatliche Bauhaus in Weimar, an welchem Walter Gropius mit seinen Mitarbeitern ein Lehrprogramm in die Tat umzusetzen begonnen hat, wie es aus der gemeinsamen Arbeit der ihrer Pflicht bewußten Künstler unserer Zeit sich entwickelt hat, ist in der Weimarer Bürgerchaft eine heimliche und giftige Kampagne in Szene gesetzt worden, die sich gegen eine wertvolle künstlerische Idee wieder einmal der übelsten nationalistischen und antisemitischen Mittelchen bedient. Wir leben es ab, uns mit deutlichen künstlerisch aufeinanderzusetzen, die aus Schüler und Goethe eine müßige Attraktion ihres Fremden- und Verlehrsvereins machen und für die alles Neue und Befreie eine Gefahr ist. Sie würden und doch nicht verstehen. Wir wollen mit dieser Verdrängung der Künstler in Weimar, deren Können und reines Wesen wir lieben, unfernt herliche Sympathie ausdrücken. Wir zweifeln nicht, daß sie ihre Sache zum Siege führen werden.

Wahl. In dem Sonntag-Sänger des Bibliotheks-Direktors am 18. Januar wird die Louise Thoresen (Nr. 6) den Vorhölpen aufgeführt. Konzerte im Vorhölpen sind das D-moll-Blindensingen von Bach mit Orchesterbegleitung. Dirigent: Hans Schein-oll.

Der Verkauf der Karten zum Presseball am 21. Januar beginnt am Sonnabend, den 24. d. M. in der Geschäftsstelle Berlin W. 30, Hauptstr. 15. Für die Erlangung der Karten ist die schriftliche Erlaubnis durch ein Mitglied des Vereins erforderlich.

Der noch nicht berühmte Roman „Eusebius ist voll“ ist in den Verlage von R. Olojan jr. in Hamburg das 100. Tausend auf seinem Papier und in vornehmem Halbdruckband erschienen.

Ein internationales Institut für Ernährungswissenschaften wird in Rom der amerikanische Professor Winter Baumgarten ins Leben gerufen. Das Institut soll eine zentrale Forschungsstelle werden, wo die Forderungen der ganzen Welt zusammengeführt werden und durch Zuteilung von Preisen gefördert werden sollen.

Anton Schnad.

Der geheimnisvolle Tod zweier Kinder.

Der rätselhafte Tod des 12 Jahre alten Sohnes Maria und der 9 Jahre alten Tochter Hedwig des Chemnitzer...

Bei der Versuchsaufnahme am Morgen, die sich von der fünften Radmittagsstunde bis in den Abend hinein ausdehnte...

Nur ein von den Eltern selbst angeführtes Verbrechen spricht zunächst deren ganzes Verhalten. Sie zeigten beide bei ihren Vernehmungen eine Ruhe, als ob sie ganz Unbeteiligte seien.

Im Laufe ihrer Vernehmung erklärte Frau Hedwig, die in nächster Zeit wieder einem Familienzusammenstoß entgegensteht...

Das Hochwasser der Spree und Havel.

Seit einigen Tagen machen sich in der Mark Brandenburg und auch innerhalb Berlins die Folgen der eingetretenen Schneeschmelze und der letzten Niederschläge...

Mitritt Weyß?

Die B.S.-Korrespondenz meldet: Aus den Kreisen der Berliner Stadtmittelstandsversammlung wird uns mitgeteilt...

88 Stück Vieh verbrannt.

In der letzten Nacht in der vergangenen Nacht ein großer Brand auf dem mit Schuppen und Viehhaltungen besetzten Grundstück...

Wiederholungs- u. Formung von mehreren Blättern...

„Voll und Reiz“, unsere illustrierte Wochenchrift...

Ein Überfall auf das Artillerie-Munitionslager in Spandau...

Der Arbeitsausschuß des „Deutschen Hilfswerkes für die Kinder Österreichs“ hat sich konstituiert...

Konkurrenz. Zur Förderung des Kleinkinderunterrichts werden von den Lehrern...

Charlottenburg. Für die Charaktereigenschaften Schuler wird mit dem Unterrichtsamt...

Die städtische Darlehnskasse beabsichtigt, den Zinsfuß für Darlehen...

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Arbeitsgruppe Gewerbetreibenden, 33.-36. und 44.-46. Sonntag, 17. Uhr: Sitzung der Arbeitsgruppe.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Arbeiterjugend, Jugendheim, 62. Hauptstraße. Heute 7 Uhr: Sitzung der Arbeiterjugend.

Bildungsveranstaltungen.

Mantel. Der Bildungsausschuß veranstaltet Samstag 8 Uhr in der Aula der Realschule...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Allgemeine Kräfte- und Sportkassen der Metallarbeiter-Vereine Berlin...

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftliche Grundsätze.

Der Gewerkschaftsleiter hat mit einem Antrag verschiedene Angelegenheiten...

Zusammenfassung.

Eine Arbeitergewerkschaft hat, deren Sparten oder Sektionen soll bestehen aus den Arbeitnehmern...

Zeitung.

Die Zeitung der Arbeitergewerkschaften trägt sowohl in der Hauptgeschäftsstelle...

Zwecksetzung.

Der Zweck einer Arbeitergewerkschaft ist die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen...

Mittel und Zweck.

Zur Erreichung des Zweckes der Arbeitergewerkschaft kommen in Betracht:

a) Verhandlungen mit den Arbeitgebern über den Organisations...

Im Regierungskreis: S. 11. Die Regierung hat die Sitzung...

Die Kabinettminister, die gemäß dem Abg. Weich (Dem.)...

Die Entschädigung der Opfer der Marokkoverstärkung...

Die Regierung behält sich die Befugnisse vor, die in der Art...

Nach einer 15minütigen Sitzung...

Danach legt das Haus die zweite Beratung des Gesetzentwurfs...

In namentlicher Abstimmung wird ein Antrag...

Unter Ablehnung weiterer deutsch-nationaler und unabhängiger...

Nun § 48 begründet Abg. Seeger (U. Soz.) einen Antrag...

Der Antrag wird abgelehnt und § 48 in der Ausschussfassung...

Wirtschaft.

Ausfuhrkontrolle in der Leinenindustrie.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ berichtet über unsere Leinenindustrie...

Vorbildlich für die Art der Ausübung einer Kontrolle unserer Ausfuhr...

Bei dem Ausfuhr der Leinenindustrie ist Deutschland auf den Export...

Die fortwährende Organisation der deutschen Wirtschaft ist sicher ein erfreuliches Zeichen...

Gegen den Schleichhandel in Tafelglas.

Die Preise für Fensterglas haben teilweise eine durch die Verzögerungen...

Glänzende Aussichten für — Amerika.

Der „New York Times“ aus Washington meldet, erklärte Geschäftsführer...

